

Der neu beschlossene Koalitionsvertrag des Hamburger Senats aus Sicht des SoVD

Immer noch zu wenig sozial

Anfang Juni hatten Rot-Grün ihren neuen Koalitionsvertrag geschlossen. In einer ersten Kurzanalyse spricht der SoVD-Landesverband die Gesichtspunkte an, die aus seiner Sicht bedeutsam sind. Das Fazit lautet, dass der Vertrag gute Ansätze zeigt, aber in vielem zu unkonkret bleibt.

Der SoVD Hamburg begrüßt das Ziel von Rot-Grün, Hamburg zu einer Stadt zu entwickeln, in der ein selbstbestimmtes Leben, gute Bildungschancen, fair bezahlte Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe gleichermaßen möglich sind. Dies fordert der SoVD Hamburg seit Langem, und das ist Konsens. Auch unsere Forderung nach einer Haushaltspolitik, die nachhaltig, generationengerecht und sozial ausgewogen ist, beabsichtigt der neue Senat zu realisieren. Leider findet sich kein Hinweis darauf, wie eine sozial ausgerichtete Haushaltspolitik konkret aussehen soll. Wir befürchten, dass es bei einer Absichtserklärung bleiben wird.

Ähnlich ist es mit der Erklärung, die Hamburger Gesundheitsämter strukturell zu stärken. Sie sollten so aufgestellt werden, dass sie in möglichen Krisenzeiten, wie einer neuen Corona-Pandemie, schnell und effektiv handeln können. Auch hier muss noch erläutert werden, wie dies umgesetzt werden kann.

Der SoVD begrüßt, dass die Kundenzentren jetzt auch regelmäßig am Wochenende öffnen sollen, denn nicht alle Bürger*innen sind mit den digitalen Möglichkeiten genügend vertraut beziehungsweise können sich diese leisten.

Durch Wohnungsbau und Stadtentwicklung will die Koalition erreichen, dass sich in Zukunft alle Menschen das Wohnen in Hamburg leisten können. Die dafür geplanten Maßnahmen begrüßt der SoVD. Dazu gehört unter anderem eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und die vermehrte Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht. Positiv bewerten wir, dass bezahlbares und klimagerechtes Wohnen gefördert werden soll. Weitere Stichworte sind der Drittmix sowie bis zu 50 Prozent sozialer Wohnungsbau in gefragten Wohnlagen. Zusätzlich wird die Mietpreisbindung für Sozialwohnungen auf bis zu 30 Jahre erhöht. Auch die Grundstücksvergabe an Baugemeinschaften ist ein Weg,



Das Hamburger Rathaus ist der Sitz des Senates.

der neue Perspektiven bietet. Nachlegen allerdings muss die Koalition beim sozialen Wohnungsbau. Aus Sicht des SoVD müssten mindestens 5.000 neue Einheiten pro Jahr fertiggestellt werden, um den Bestand zu halten. Auch der Wohnungsbau für besondere Zielgruppen wie Frauen in Frauenhäusern und obdachlose Menschen ist lobenswert, wenn auch die angestrebte Zahl von Neubauten hierfür viel zu gering ist.

Die Hinwendung zu den Quartieren und den Bedürfnissen älterer Menschen ist richtig. Der SoVD begrüßt den Plan, in den Stadtteilen auch Quartierzentren zu entwickeln. Dennoch findet sich im Koalitionsvertrag auch hier kein Konzept dazu. Den Ausbau von Seniorentreffs hält der SoVD dagegen für rückwärtsgerichtet, denn es fördert die Abgrenzung statt das Zusammenwachsen mit den Jüngeren und ist kein Mittel, um Armut zu begegnen. Den Ausbau der Kitas und die qualitative Verbesserung der Betreuungskapazität empfindet der SoVD-Landesverband als höchst sinnvoll.

Auffällig ist, dass das Thema Armut nur wenig Beachtung findet, trotz einer Armutsgefährdungsquote von 18,4 Prozent. Unsere Vorschläge, die Grundsicherung aus eigenen Mitteln zu erhöhen oder eine temporäre Erhöhung des Hartz-IV-Satzes um 100 Euro pro Mo-

nat, hat der neue Senat ignoriert. Auch Erleichterungen, wie das kostenfreie Fahren mit dem ÖPNV für Bedürftige oder freier Eintritt für diese Personengruppe in Einrichtungen der Stadt, wurden nicht berücksichtigt.

Menschen, die schon lange von Hartz IV leben, sollen stärker mit Förderprogrammen und durch das Teilhabechancengesetz der Agentur für Arbeit unterstützt werden. Dazu hat die Stadt angekündigt, die kleine Zahl von 275 der Arbeitsplätze in gemeinnützigen Teilhabe- und Beschäftigungsprojekten zu verdreifachen – wenn die Mittel dies erlauben(!). Wie dringend das Problem ist, zeigt sich an der großen Zahl von Menschen, die aus dem Mittelstand in die Armut abgerutscht sind. Solo-Selbstständige, Kleingewerbetreibende und Künstler sind hier nur einige Beispiele. Sie sind in Hartz IV abgerutscht und der Weg daraus ist sehr beschwerlich und oft nicht mehr möglich. Die Beschäftigungsgesellschaften werden dazu dringend benötigt, mahnt Wicher an.

Klaus Wicher fasst zusammen: „So wird die Koalition ihr selbstgestecktes Ziel, dass alle Hamburger*innen sich das Leben in unserer Stadt leisten können, sicher nicht erreichen! Angesichts der großen Beträge, die für andere Bereiche zur Verfügung stehen, wird sich die soziale Spaltung vertiefen und der Zusammenhalt in der Stadt ist gefährdet.“

Zu wenig Neubauten im sozialen Wohnungsbau veranschlagt

Viele Menschen sind in Hartz IV gerutscht und brauchen Förderung

Dankeschön!

Unseren Mitarbeiter*innen ist viel abverlangt worden. Die Umstellung auf das Homeoffice und die weitere umfängliche sozialrechtliche Beratung und Vertretung per Telefon und E-Mail haben sie zusammen mit unseren ehrenamtlich Tätigen sehr gut bewältigt. Wir konnten so ohne jede Unterbrechung unsere Leistungen gegenüber unseren Mitgliedern und Interessent*innen aufrechterhalten. Und jetzt geht es wieder zurück in die Beratungsstellen. Wir haben schon ganz tolle Mitarbeiter*innen, vielen Dank!

Unsere Mitglieder halten uns die Treue. Das haben wir auch in der für alle schwierigen Coronakrise feststellen können. Auch dafür unseren herzlichen Dank!



Ansichten

Liebe Mitglieder,

für viele wird es derzeit richtig eng. Kleingewerbetreibende, Solo-Selbstständige und Künstler ohne Arbeit beispielsweise sind jetzt in Not. Die Soforthilfen waren eine wichtige und gute Unterstützung, die aber oft nicht weiter als bis Mai reichten. Wer betroffen ist, kann wenigstens Hartz IV beantragen, um so zumindest seine Wohnung zu behalten.

Wenn die Einnahmen wegbrechen und Aufträge storniert werden, dann beginnt für viele das Bangen um die Zukunft. Es sind Menschen, die dem Mittelstand angehören, die vor Corona Leistungsträger unserer Gesellschaft waren. Der Abstieg geht schnell, wenn die finanziellen Reserven aufgebraucht sind. Nach den Soforthilfen für alle sind jetzt individuelle, auf den Einzelfall bezogene Hilfen notwendig. Bisher gibt es sie nicht.

Meine Erfahrung ist, dass der Weg aus Hartz IV oftmals sehr steinig ist. Dabei bemüht sich die Politik durchaus: Mit dem Teilhabechancengesetz begann sogar der Versuch, Menschen zu helfen, die sehr lange in Hartz IV waren. Leider hat sich gezeigt, dass dieser Ansatz schon vor der Coronakrise in Hamburg nicht gut funktionierte. Jetzt, in und nach der Krise, werden erst die Kurzarbeiter wieder beschäftigt und die Arbeitslosen im SGB-III-Bereich. Menschen in Hartz IV stehen ganz hinten in der Schlange. Hier bedarf es gezielter Maßnahmen des Hamburger Senats. Der SoVD wird, wie schon vor der Krise, auf einen sozialen Arbeitsmarkt bestehen und zusätzlich gezielte Maßnahmen fordern. Im Koalitionsvertrag gibt es Ansätze dafür, die wir auf ihre Tauglichkeit prüfen werden.

Klaus Wicher

**Ihr Klaus Wicher,
1. Landesvorsitzender**

Früherkennungstermine

Viele Eltern werden die regulären Termine für die U-Untersuchungen für ihre Kinder momentan nicht wahrnehmen können. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband haben beschlossen, die fixen Intervalle für die U6 (zehnter bis zwölfter Lebensmonat), U7 (21. bis 24. Lebensmonat), U7a (34. bis 36. Lebensmonat), U8 (46. bis 48. Lebensmonat) und U9 (60. bis 64. Lebensmonat) aktuell aufzuheben. Die Untersuchungen können später nachgeholt werden.

Diese Regelung gilt vom 25. März bis Ende September.

SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher besuchte die Harburger Tafel und übergab Einkaufsgutscheine

Große Hilfe für die Armen in Corona-Zeiten

Fast 1.000 Tafeln unterstützen in ganz Deutschland Menschen, die arm sind und mit wenig Geld über die Runden kommen müssen. Allein in Harburg, an der Buxtehuder Straße, versorgt die dortige Tafel im Normalfall rund 500 Menschen pro Woche mit frischen Lebensmitteln, Konserven und Grundnahrungsmitteln. Wegen Corona kamen 700 Menschen mehr dazu.

Sabine Pena, 1. Vorsitzende der Harburger Tafel, engagiert sich seit 18 Jahren bei der Tafel. Sie kennt die Not der Menschen und erlebt immer wieder ihre große Dankbarkeit für die Hilfe, die sie und 130 Ehrenamtliche hier an vier Tagen in der Woche leisten. Als Corona das öffentliche Leben lahmlegte, war die Harburger Tafel eine der wenigen in der Stadt, die geöffnet blieb: „Bis ganz aus den Stadtteilen im Norden Hamburgs kamen die Menschen, so groß war die Not,“ erinnert sich

Pena. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher besuchte die Harburger Ausgabestelle, um sich selbst ein Bild von der aktuellen Lage zu machen. Für zwei Euro bekommen die Menschen dort vieles, was sie sich selbst nur selten oder gar nicht leisten können: „Vor allem frisches Obst und Gemüse ist unglaublich teuer geworden, das wird am meisten bei uns nachgefragt“, sagt Tafel-Leiterin Pena. Begeistert zeigte sie sich über die knapp 50 Einkaufsgutscheine im Wert von jeweils 25 Euro,

die ihr Klaus Wicher bei seinem Besuch überreichte.

Seit Beginn der Pandemie verteilt der Hamburger SoVD regelmäßig hunderte solcher Gutscheine für bedürftige Menschen in verschiedenen Stadtteilen. Ein Engagement, das unter anderem bei der Harburger Tafel für große Freude sorgte: „Wir kommen gerade so über die Runden. Mit den Einkaufsgutscheinen können wir jetzt gezielt einzelnen helfen, die es noch schwerer haben als andere“, bedankt sich Sabine Pena.



Klaus Wicher (rechts) übergibt die Gutscheine an Sabine Pena.

Weitere Infos gibt es unter: www.tafel-harburg.de, Spenden sind willkommen unter: Sparkasse Harburg Buxtehude, IBAN: DE94 2075 0000 0090 0591 14.



Landesgeschäftsstelle und Beratungsstelle Barmbek



Beratungsstelle Lurup

Sozialrechtsberatungsstellen des SoVD Hamburg vor Ort wieder geöffnet

Schauen Sie gerne persönlich vorbei

Schon seit Mitte Mai sind die Mitarbeiter*innen wieder in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek für Sie vor Ort. Ab dem 18. Juni werden die Wege für Sie noch kürzer. Dann öffnen auch wieder die Beratungsstellen in Lurup, Farmsen und Harburg. Damit Sie und unsere Mitarbeiter*innen so gut wie möglich geschützt sind, sollten Sie sich im Vorfeld telefonisch anmelden und einen Termin vereinbaren.

In den Sozialrechtsberatungsstellen des SoVD können Sie persönlich mit den Fachjurist*innen des SoVD-Hamburg über Ihre Anliegen rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV und Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht sprechen. Kommen Sie vorbei, wir sind für Sie da! Die Hygienevorschriften müssen allerdings weiterhin streng eingehalten werden.

Wenn Sie nicht persönlich vorbeischauchen möchten – kein Problem. Der SoVD bietet seinen Mitgliedern natürlich weiterhin eine Beratung per Telefon oder E-Mail an. Auch über diesen Weg können Anträge gestellt, Widerspruch eingelegt oder Klage eingereicht werden.

Beratungsstelle in Barmbek: Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, Tel.: 040/61 16 070, E-Mail: info@sovd-hh.de, Sprechzeiten: Montag bis Mittwoch von 9 bis 16 Uhr,

Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 14 Uhr.

Beratungsstelle in Lurup: Luruper Hauptstraße 149, Tel.: 040/43 19 35 00, Sprechzeiten von Dienstag bis Donnerstag von 10 bis 12 Uhr.

Beratungsstelle in Harburg: Winsener Str. 13, Tel.: 040/77 59 57, Sprechzeiten Mittwoch von 10 bis 13 Uhr und Donnerstag von 14.30 bis 17.30 Uhr (nur Rentenberatung).

Beratungsstelle in Farmsen: im Berufsförderungswerk (BFW), Haus W, Raum 034, Marie-Bautz-Weg 11, Tel.: 040/42 90 61 34, Sprechzeiten Montag von 10 bis 12 Uhr.

Besonderes Angebot: Bis Ende August ist die Erstellung Ihrer Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung im Mitgliedsbeitrag enthalten und kostet Sie keinen Cent zusätzlich.



Beratungsstelle Harburg



Beratungsstelle Farmsen



OVs in den Startlöchern

Corona hat unser lebendiges Verbandsleben von heute auf morgen auf Eis gelegt. Nach Monaten des Stillstands denken wir jetzt daran, unsere Aktivitäten in den Ortsverbänden und Treffs langsam wieder in Gang zu bringen. Allerdings müssen dafür diese Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Versammlungsorte müssen geeignet sein.
 - Die Hygienevorgaben müssen eingehalten werden.
 - Die Zahl der Beteiligten muss begrenzt bleiben.
 - Pflicht ist ein Abstand von mindestens 1,5 Metern.
- Alle diese Vorgaben müssen erfüllt sein, sonst geht leider gar nichts!

Immer noch können wir Ihnen nicht sagen, wann es wieder losgehen kann, denn das entscheiden letztendlich nicht wir. Wir werden Sie aber über unsere Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie unsere Treffleiter auf dem Laufenden halten.

Bitte achten Sie auf unsere Ankündigungen auf unserer Internetseite: www.sovd-hh.de. Dort werden wir Sie sofort informieren, wenn wir wieder mit unseren Aktivitäten starten können!